

Die israelische Debatte zur Klimakonferenz in Bali

Nach dem "Environmental Performance Index" (EPI) der Yale Universität (Yale Center for Environmental Law and Policy), der 149 Länder aufgrund ihrer Kohlenstoff- und Schwefelemissionen, der Reinheit des Wassers und der Umweltschutzmassnahmen beurteilt, steht Israel mit 79,6 Punkten an 49. Stelle. Die Liste wird angeführt von der Schweiz (95,5 Punkte), gefolgt von Schweden, Norwegen (beide mit 93,1 Punkten) und Finnland (91,4 Punkte). Deutschland und England erhielten beide 86,3 Punkte und stehen damit an 13. und 14. Stelle. In dem kurzen *Ha'aretz*-Bericht über den Index wird in der Überschrift hervorgehoben, dass Israel das "grünste" Land im Nahen/Mittleren Osten ist und dass die USA unter den G8-Staaten das Land mit der grössten Umweltbelastung sind. In einer graphischen Teilübersicht des Index erscheint Israel neben den USA, die mit 81 Punkten auf 39. Stelle stehen, in der "mittleren Gruppe", die zwischen den saubersten Ländern und denen mit den grössten Umweltbelastungen stehen. Als Beispiele für die letzteren werden China (mit 65,1 Punkten auf 105. Stelle) und Indien (mit 60,3 Punkten auf 120. Stelle) genannt.¹

Die Form des Zeitungsberichts und seine Platzierung auf der letzten Seite (Seite 18) des Nachrichtenteils veranschaulichen in gewisser Hinsicht die Stellung, die die Frage des Klimawandels in der öffentlichen Debatte in Israel einnimmt. Es ist sicher zu einem nicht geringem Teil der ausdauernden Arbeit verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie zum Beispiel dem Heschel Center, Life & Environment, Friends of the Earth Middle East und der Israel Union for Environmental Defense zu verdanken, dass es überhaupt ein öffentliches Interesse an dieser und ähnlichen Fragen gibt. Das findet seinen Ausdruck z.B. in der Einrichtung einer Umwelt(schutz)spalte mit dem Titel: "Die (Erd-)Kugel und wir", in der Tageszeitung *Ha'aretz*, in der der erwähnte Bericht erschien. Auch die Platzierung weist darauf hin, dass der Frage relativ viel Bedeutung beigemessen wird. Meist erscheint die Umweltspalte auf einer der Innenseiten des Nachrichtenteils. Neben der Titelseite ist die letzte Seite des Nachrichtenteils ein "prominenter" Platz, weil nicht wenige LeserInnen ihre Zeitungslektüre mit dem Studium der Todesanzeigen, die bis dahin meist auf der drittletzten Seite dieses Teils erschienen,² beginnen. Die Einschätzung der Tageszeitung hebt sich dadurch positiv von anderen, insbesondere den öffentlichen elektronischen Medien ab. Der öffentliche Nachrichtensender "Reshet Bet" hat zwar ein festes Umweltprogramm, aber dies wird nur am Samstag (Shabbat) Morgen zwischen 9 und 10 Uhr gesendet. Der "Beitrag" zahlreicher Radio- und Fernsehnachrichtensendungen zur Bali Konferenz bestand aus Interviews mit israelischen Wissenschaftlern, die erklärten, dass die globale Erwärmung eine Funktion der Sonnenflecken sei.

Der *Ha'aretz*-Artikel macht auch ein weiteres Element in der hiesigen Debatte deutlich. Auch wenn der Ernst der globalen Situation (an)erkannt wird, wird nicht selten zugleich hervorgehoben, dass die Lage in Israel relativ gut sei. So wie es in der Überschrift heisst: "Israel ist das 'grünste' Land im Nahen/Mittleren Osten." Im Artikel selbst wird weiter darauf hingewiesen, dass Israel nur deshalb so niedrig eingestuft wurde, weil der Index zwei verschiedene Aspekte verbindet: zum einen die Gesundheitsbelastung durch

Umweltfaktoren und zum anderen die Umweltschutzmassnahmen. Laut Bericht ist die Gesundheitsbelastung relativ gering (es gibt zum Beispiel eine relativ gute Versorgung mit sauberem Trinkwasser) und somit ist die Situation in Israel in dieser Hinsicht besser als in einer Reihe von Ländern, die höher eingestuft wurden. Die schlechte Platzierung ist nach dieser Erklärung primär eine Funktion der vergleichsweise geringen Bemühungen um Umweltschutz.

Israel hat zwar ein Ministerium für Umweltschutz, dem jedoch verglichen mit anderen Ministerien nur geringe Mittel zur Verfügung stehen. Im Jahr 2007 lag das Grundbudget bei 180 Millionen NIS (ca. 33 Millionen Euro). Davon standen 13,6 Millionen NIS (ca. 2,5 Millionen Euro) für eine Verbesserung der Energienutzung zur Verfügung; und 14,6 Millionen NIS (ca. 2,65 Millionen Euro) zur Entwicklung alternativer Energien, von denen allerdings nur 6,3 Millionen NIS (ca. 1,15 Millionen Euro) verwendet wurden. Für das Jahr 2008 hat sich die Situation sogar noch erheblich verschlechtert. Das Grundbudget liegt bei 100 Millionen NIS (ca. 18,2 Millionen Euro). Die Kürzungen sind besonders drastisch im Energiebereich. Für die Verbesserung der Energienutzung stehen im neuen Haushalt nur noch 1,66 Millionen NIS (ca. 300 000 Euro) zur Verfügung und für die Entwicklung alternativer Energieformen 0,9 Millionen NIS (ca. 164 000 Euro). Es wird erwartet/gehofft, dass dem Ministerium noch weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im besten Fall kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem Gesamtbudget von 400 Millionen NIS (ca. 72,7 Millionen Euro) gerechnet werden. Das wäre zwar das Vierfache des Grundbudgets, aber es bleibt dennoch ein sehr bescheidener Haushalt, wie es Yael Ivri-Darel in der Überschrift zu ihrem Artikel ausdrückt: "Das Budget 2008: schwarz statt grün."³

Angesichts der beschränkten Mittel überrascht es nicht, dass der staatliche Umweltschutz seinen Ausdruck mehr in wohlmeinenden Absichtserklärungen als in Taten findet.⁴ Israel hat die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change - UNFCCC) im Mai 1996 sowie das Kyoto Protokoll im März 2004 unterzeichnet. Es wurde auch ein Ausschuss zum Klimawandel eingerichtet, dem Vertreter der relevanten Ministerien sowie Repräsentanten der Wirtschaft und von NGOs angehören. Der Ausschuss hat die Aufgabe, Richtlinien zur Reduktion der Greenhousegasemission auszuarbeiten und Berichte zu diesem Thema zu erstellen. Nach der Klimarahmenkonvention ist Israel als Entwicklungsland eingestuft. Allerdings liegt die pro Kopf-Rate der CO₂-Emission nahe derer von Industriestaaten. Deshalb hat die israelische Regierung beschlossen, aufgrund der Ergebnisse des Ausschusses zum Klimawandel "freiwillig Schritte zur Beschränkung/Reduzierung der Emission von Greenhousegas zu unternehmen."⁵ Auch auf der Bali-Konferenz haben die Vertreter der offiziellen israelischen Delegation erklärt, dass Israel weiterhin an dieser Politik festhält und dass es in absehbarer Zeit seine Zielwerte für die Emissionsreduktion festlegen will, um an den Verhandlungen über ein neues internationales Abkommen zum Klimawandel teilzunehmen.⁶ Nicht nur die Reduktionsrate blieb jedoch bisher ungeklärt, auch die Vorstellungen, wie die Emission reduziert werden kann, erscheinen noch wenig konkret. Nach seiner Rückkehr von der Bali-Konferenz erklärte der stellvertretende Generaldirektor des Umweltministeriums, Yossi Inbar: "In der Zukunft werden wir die Emission durch verschiedene Massnahmen reduzieren können. (Die

Möglichkeiten) reichen von einer weitgehenden Umstellung auf Erdgas und schliessen die Verwendung von erneuerbarer Energie, wie Sonnenenergie und vielleicht auch Windenergie, ein. Aber Energiesparen verspricht den grössten Erfolg, und jeder von uns kann heute damit anfangen bei sich zuhause Strom zu sparen und zu dem weltweiten Bemühen beizutragen.“⁷ Die Schlusszeilen des Berichts über die Ergebnisse der Bali-Konferenz auf der Website des Ministeriums sind noch allgemeiner: “Im Zuge der bedeutsamen Bali-Konferenz, ist Israel nun bereit damit zu beginnen, neue Wege zur Reduktion der Greenhousegasemission, insbesondere im Energie und Transportbereich, zu erforschen.”⁸

Während sich das Ministerium mit recht vagen Absichtserklärungen begnügt, kommen die Initiativen weiterhin von nicht-Regierungskreisen. So veranstaltete die Heinrich öll Stiftung in Zusammenarbeit mit den NGOs Life& Environment, dem Heschel Center, Friends of the Earth Middle East, Green Course, Society for the Protection of Nature in Israel und der Israel Union for Environmental Defense gleich nach der Konferenz am 18. Dezember einen öffentlichen Informationsabend zum Thema: “Von Bali nach Kopenhagen: Israel und die globale Erwärmung”. Bei der Veranstaltung berichteten die Mitglieder der israelischen NGOs, die an der Bali Konferenz teilgenommen hatten, von den anregenden Konferenzerfahrungen, wobei sie u.a. die gute Zusammenarbeit zwischen der israelischen NGO Delegation und der Regierungsdelegation hervorhoben. Die Tatsache, das auch Yossi Inbar als einer der Redner an der Veranstaltung teilnahm, kann vielleicht als Zeichen für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit gewertet werden.

Auch hat die Anwältin Tamar Gannot, die der Israel Union for Environmental Defense angehört, sofort nach ihrer Rückkehr von der Bali-Konferenz einen Gesetzesvorschlag zur Reduktion der Greenhousegasemission ausgearbeitet. Danach soll die Emmission in Israel bis 2020 um 25 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent gesenkt werden. Der Gesetzesentwurf wurde von Ophir Pines-Paz, Arbeitspartei-Knessetmitglied und Vorsitzender des Knessetausschusses für Innere Angelegenheiten und Umweltfragen, vorgelegt und die Vorlage wurde von mehr als 70 Knessetmitgliedern unterstützt.⁹ Allerdings ist es noch ein weiter Weg von einer Gesetzesvorlage zu einem verabschiedeten Gesetz. Und wenn die Mittel und Strukturen zur Umsetzung nicht gleichzeitig festgelegt werden, besteht ein Gesetz zunächst nur auf dem Papier. Die Realisierung kann sehr lange dauern. So erhielten per Gesetz Frauen in Israel bereits 1951 gleiche Rechte, und ein Gesetz garantiert körperlich behinderten Menschen den Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen und Diensten.

Schon im Jahr 2007 hat Dr. Dov Khenin, Knesset-Abgeordneter von “Hadash” (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) und Vorsitzender der Lobby für ökologische und soziale Angelegenheiten, ein Rahmenprogramm zum israelischen Umgang mit der Klimakrise vorgelegt. Dieses Programm hatte er mit wissenschaftlicher und juristischer Beratung in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Organisationen (Life and Environment, Israel Union for Environmental Defense, Heschel Center for Environmental Learning and Leadership, Green Course/Students for the Environment, Society for the Protection of Nature in Israel, Transport Today & Tomorrow, Bike [Israel auf dem Fahrradweg], Greenpeace Israel, Clinic for Social Justice at the Bar Ilan

University) ausgearbeitet. Das Programm entwirft den Rahmen für eine nachhaltige Energiepolitik, schlägt eine grundlegende Umgestaltung des Transportbereichs vor, erörtert die Probleme der Wasserversorgung und deren mögliche Lösungen und legt auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte des Rahmenprogramms dar. Unter anderem wird in der Entwicklung und dem Einsatz alternativer Energie eine besonders zentrale Strategie für Israel gesehen, während das Umweltministerium dies eher als einen Nebenfaktor betrachtet. Das Programm endet mit einer kurzen Zusammenfassung, die Israels Möglichkeiten, sich den Herausforderungen des Klimawandels erfolgreich zu stellen, hervorhebt. Voraussetzung sind allerdings der politische Wille und die tatsächliche Unterstützung der Regierung.¹⁰

Neben solchen direkten Versuchen der konstruktiven Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess, gibt es verschiedene Initiativen, um das Thema mehr ins Zentrum der politischen Debatte zu rücken. Ein Versuch, mehr öffentliches Bewusstsein für die Klimakrise zu wecken, war eine Internet-Kampagne unter dem Titel: "Grüne Hanukkia". In gewissen Sinne folgten die Organisatoren der Kampagne dem Vorschlag Yossi Inbars, wonach jeder zunächst bei sich zu Hause mit dem Klimaschutz anfangen soll. Sie riefen dazu auf, bei diesem Hanukafest (im Dezember) eine Kerze weniger anzuzünden. Nach ihrer Berechnung produziert eine Hanukakerze, wenn sie voll abbrennt, 15 Gramm Kohlendioxyd und mithin sei es ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz, wenn ca. eine Million israelische Haushalte 8 Tage lang eine Kerze weniger anzünden. Da im allgemeinen eine Kerze lediglich dazu verwendet wird, um die anderen Kerzen (die das Licht der Tora symbolisieren) anzuzünden, könnte wohl auf diese verzichtet werden, ohne das religiöse Gebot zu brechen. Dennoch hat die Kampagne sehr heftige Kritik in religiösen Kreisen ausgelöst. Nicht zu unrecht wies Nissim Ze'ev, Shas-Knessetmitglied, darauf hin, dass es der Umwelt mehr nützen würde, wenn ein einziger Diesel-Lastwagen nicht mehr fahren würde. Die Auseinandersetzung hat wohl zu einer grösseren Öffentlichkeit für die Klimafrage beigetragen, aber nicht notwendigerweise nur im positiven Sinne. Nach Avraham Ravitz, Knessetmitglied der religiösen Partei United Tora Judaism, sind die Umweltschützer "verrückte Leute, die mit dem Verstand von unschuldigen jüdischen Menschen spielen." Und Rabbi Benny Lau der Ramban Gemeinde in Jerusalem, der sich selbst für den Umweltschutz einsetzt, ist der Ansicht, dass Teile der Grünen Bewegung diese in eine anti-religiöse verwandelt haben."¹¹

Ein anderer Versuch, den Klimawandel mehr ins Zentrum der öffentlichen Debatte zu bringen, besteht darin, die möglichen geo-politischen Auswirkungen hervorzuheben. In gewisser Weise kann darin die Kehrseite der Überschrift des eingangs zitierten *Ha'aretz*-Artikels gesehen werden. Während Israel das "grünste" Land im Nahen/Mittleren Osten ist, sind die Umweltbelastungen in vielen umliegenden arabischen Staaten höher und die Gefahren durch die Auswirkungen des Klimawandels grösser. So bedeutet zum Beispiel ein Anstieg des Meeresspiegels, dass erhebliche Teile des Nildeltas in Ägypten untergehen. Auf dieser Grundlage argumentieren Umweltgruppen wie zum Beispiel Friends of the Earth Middle East, dass in Folge des Klimawandels die Stabilität in den benachbarten arabischen Staaten gefährdet ist, was wiederum die Sicherheit Israels gefährdet.¹² Diese Argumente werden nicht nur in Israel, sondern auch in den USA vorgebracht. So hatte im Juni 2007 eine Gruppe von israelischen Umweltexperten eine

Anhörung im US-Kongress, in der sie die Gefahren erläuterten, die sich durch die Auswirkungen der Klimaerwärmung für die moderaten arabischen Regime und damit für die USA und Israel ergeben.¹³ Während die drohenden Gefahren ein Grund für regionale Zusammenarbeit sein könnten, ist jedoch einstweilen zweifelhaft, ob die israelische oder die US-amerikanische Regierung mit diesen Argumenten davon überzeugt werden kann, Umweltschutzmassnahmen als notwendigen Teil ihrer Sicherheitspolitik zu begreifen.

Die langfristig wohl effektivste Methode, um die Probleme des Klimawandels wie auch andere Umweltprobleme ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, ist wahrscheinlich eine ausdauernde, konstruktive Basisarbeit, wie sie von einer Reihe von NGOs bisher geleistet wurde. Insbesondere bieten die bevorstehenden Kommunalwahlen (im November 2008) einen Rahmen für im Umweltbereich tätige NGOs Umweltschutzthemen zu einem nicht mehr ignorierbaren Teil des öffentlichen Diskurses zu machen.¹⁴ Darüberhinaus versuchen sie dazu beizutragen, dass Umweltbelange in kommunalpolitischen Entscheidungen und Strategien ein entscheidender Bezugspunkt werden. So beschränken sich die geplanten Aktivitäten nicht nur auf den Wahlkampf. Vielmehr wird unter anderem an Strukturen gearbeitet, die es ermöglichen sollen, Stadtverwaltungen und Kommunalparlamente nach der Wahl hinsichtlich ihrer Entscheidungen zu beobachten und zu begleiten. Zwei Initiativen im Norden Israels versuchen in zwei ausgewählten arabischen Ortschaften, Umweltthemen im Vorfeld der Kommunalwahlen zu verankern.

Durch derartige Öffentlichkeits- und Basisarbeit wurden in den letzten Jahren erstaunliche Erfolge erzielt, auch wenn die hiesige Situation noch weit unter den in Europa üblichen Standards liegt. So gibt es zum Beispiel eine erste Schule, die nach den neusten ökologischen Maßstäben gebaut wurde, und die auch in ihrem Unterricht den SchülerInnen Umweltbewusstsein zu vermitteln sucht. Dies wäre eine rundum höchst erfreuliche Nachricht, wenn nicht gerade diese Schule auf palästinensischem Land in Har Homa in Ost-Jerusalem stehen würde.¹⁵

Ursula Wokoek
2. Februar 2008

¹ Ora Koren and Zafirir Rinat, *Ha'aretz*, 24. Jan. 2008.

² Inzwischen hat sich das Format etwas geändert.

³ *Ynet*, 26. 12. 2007.

⁴ Ein prägnantes Beispiel ist die Selbstdarstellung des Ministeriums über seine Massnahmen angesichts des Klimawandels: "Adapting to Climate Change in Israel," *Israel Environment Bulletin*, vol 31, pp. 18-19.

⁵ Israel Ministry of Environmental Protection, "Climate Change (Updated 16/05/2007)" auf der Website des Ministeriums: <http://www.sviva.gov.il>.

⁶ Israel Ministry of Environmental Protection, "Bali Roadmap Launches Process toward New Climate (Updated: 12/17/2007)" auf der Website des Ministeriums: <http://www.sviva.gov.il>.

⁷ *Ibid.*

⁸ *Ibid.*

⁹ "Climate Change & Israel" (20.1.2008) at the English website of the Israel Union for Environmental Defense (<http://www.adamteva.org.il>).

¹⁰ <http://www.sviva.net/filesystem/local.doc>; Zafrir Rinat, "Report: Israel has to reduce the green house gas emission," *Ha'aretz*, 7. October 2007; Moran Rada, "Report: Israel is unprepared for the global climate crisis," *Ynet*, 16. 8. 2007.

¹¹ Gil Hoffman, "'Green Hanukkia' campaign sparks ire," *Jerusalem Post*, 4. Dec. 2007.

¹² "Climate Change – A Real Threat to Middle East Security" at <http://www.foeme.org/projects.php?ind=130>

¹³ Dan Shapley, "Global Warming Threatens Israel," 14. June 2007, at thedailygreen.com.

¹⁴ Siehe zum Beispiel die Website von Life & Environment zu den Wahlen: <http://www.sviva.net/Info.php?docId=ge>

¹⁵ Tahal Frosh, "Green conquers," *Ha'aretz*, 30. Jan. 2008.